

# Vertreibung und Repression

— Eine mutige IPPNW-Delegation bereiste im März die kurdischen Gebiete in der Südost-Türkei —

An vielen Ecken der Stadt spürt man, dass Diyarbakir eine besetzte Stadt ist. Gepanzerte Fahrzeuge, Wasserwerfer und Absperrgitter stehen vor den öffentlichen Gebäuden wie vor einem Hochsicherheitstrakt, der nach außen abgeschirmt wird.

**S**ie versperren auch die wichtigen Ausfallstraßen und kontrollieren alles, was ihnen verdächtig vorkommt. Sie fahren mit Blaulicht durch die Straßen oder patrouillieren in den engen Gassen. Zur Zeit kann man nur im Gänsemarsch an mehreren Polizeikontrollen vorbei ins Rathaus gelangen, in dem wir vor einigen Jahren frei ein- und ausgingen und offen mit den Verantwortlichen Probleme und Entwicklungen diskutierten. Heute sitzt dort, streng von der Bevölkerung abgeschirmt, statt gewählten VertreterInnen ein vom Staat eingesetzter Verwalter. Fast die gesamte Stadtverwaltung ist ausgetauscht. Wie in weiteren 86 bisher von der BDP, („Partei des Friedens und der Demokratie“) regierten Städten und kurdischen kommunalen Selbstverwaltungen sitzen die meisten VertreterInnen der Stadt Diyarbakir nun unschuldig im Gefängnis.

## Das Ergebnis der Vertreibung

Etwa 40.000 Menschen sollen aus Diyarbakirs Altstadt Sur vertrieben worden sein. Menschen, deren Haus zerstört wurde, können eine Eigentumswohnung in den neu hochgezogenen Apartmenthäusern

am Rande der Stadt erwerben – allerdings zu einem sehr viel höheren Preis als sie für ihr zerstörtes Haus an Entschädigung bekommen. Viele verschulden sich dabei. Die, die ohne Anmeldung in Sur gelebt haben, haben alles verloren, auch einen Anspruch auf Entschädigung.

**V**erloren hat die Bevölkerung in mehrfacher Hinsicht: Durch die militärischen Angriffe auf ihren Stadtteil. Viele sind noch traumatisiert, haben aber keinen Anspruch auf Behandlung. Dem medizinischen Personal war während der Kämpfe und Ausgangssperren verboten, Alte, Kranke, Kinder und Verwundete zu behandeln. Wie viele Menschen durch die Nicht-Versorgung umgekommen sind, wird wohl im Dunkeln bleiben.

Die Menschen haben ihr Haus und ihr soziales Umfeld verloren, ihre Voraussetzung, um ihre seelischen Wunden wieder schließen zu können. Das Gravierendste ist: Sie können sich nicht gemeinsam wehren, sonst drohen Verhaftung und Gefängnis. Vormals bestehende Unterstützungsstrukturen und zivile Selbstorganisation wurden systematisch zerschlagen.

## Repression im Gesundheitswesen

Viele Personen werden willkürlich festgenommen und bis zu 23 Tage ohne Angabe von Gründen im Gefängnis festgehalten. Wer zu einer oppositionellen Organisation wie der Gesundheitsgewerkschaft gehört, wird aus seinem Beruf verjagt. Türkeiweit sind über 2.500 Gesundheitsfachleute entlassen worden, im Bezirk Diyarbakir waren es mehrere hundert. Wir besuchten eine Protestveranstaltung für diese bedrohten Kolleginnen und Kollegen, die von der Gesundheitsgewerkschaft organisiert und aus Angst vor der Polizeigewalt im Haus abgehalten wurde. Eine Anästhesistin aus dem Vorstand der Ärztekammer wurde von einem Tag auf den anderen gekündigt – ohne Angaben von Gründen. Ihre Stelle wurde nicht wieder besetzt. Die an vielen Stellen aus Personalmangel sowie defizitäre Gesundheitsversorgung der Bevölkerung wird dadurch deutlich schwieriger. Operationen können nicht mehr durchgeführt werden, ganze Stadtteile wurden ihrer letzten Ärzte beraubt. In manchen Kliniken hat sich auch der Pfl egenotstand deutlich verschärft.

**D**ie Repression ist da am schärfsten, wo politischer Widerstand der Erdogan-Regierung besonders im Wege ist. So werden Mitglieder oppositioneller Parteien unter nichtigem Vorwand in Haft genommen und auf unbestimmte Zeit festgehalten. Gülsan Özer, die Ko-Vorsitzende der HDP, die wir gesprochen haben, ist kürzlich aus ihrer 29-tägigen Haft entlassen



## PROTESTAKTION DER GEWERKSCHAFT GEGEN DIE ENTLASSUNGEN VON BESCHÄFTIGTEN IM GESUNDHEITSWESEN.

worden. Solche Inhaftierungen verunsichern das gesamte Umfeld und auch die BürgerInnen, die es nicht mehr wagen, mit der Partei Kontakt aufzunehmen.

### Das Schweigen Europas

Als besonders schmerzhaft empfinden die politisch Aktiven, dass sie aus Europa und gar aus Deutschland zu wenig offene Unterstützung erfahren: „Wir versuchen die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen, und Ihr schweigt dazu.“ In den Auseinandersetzungen stehe man häufig allein, die Stimme Europas komme meist zu spät. Offensichtlich sei die Angst vor den Flüchtlingen in Europa größer als die Bewahrung der eigenen demokratischen Prinzipien. Aber auch die Stimmen der engeren Freunde in den westlichen Ländern hätten sie auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen oft vermisst. „Ich habe mich, als ich während der Kämpfe in Lebensgefahr war und Freunde vor meinen Augen erschossen wurden, furchtbar allein gefühlt. Nicht die physische Bedrohung, sondern die Einsamkeit war das Schlimmste. Niemand von Euch, die ihr uns seit Jahren kennt, hat angerufen und sich nach uns erkundigt. Wenn ich nicht für meine jüngeren Nichten und meine Mutter hätte sorgen müssen, ich glaube, ich wäre heute nicht mehr bei Euch.“

Statt wie so häufig hilfloser Zuschauer solcher Ereignisse zu sein, wäre wieder neu darüber nachzudenken, wie konkrete Solidarität auch in Kriegs- und Konfliktsituationen aussehen könnte, welchen

konkreten spürbaren Beitrag für die betroffenen Menschen jedeR von uns leisten kann. Manchmal stärkt ein Wort, ein Brief, ein Telefonat die Widerstandskraft dieser Menschen mehr als irgendwelche theoretischen Analysen und politischen Diskussionen und trägt so mehr zur Verhinderung einer Entwicklung bei, die auch für unsere eigenen demokratischen Prinzipien tödlich enden kann.

### Prozessbeobachtung für Dr. med. Serdar Küni

Handlungsmöglichkeiten gibt es zum Beispiel bei den Prozessbeobachtungen, die wir zur Zeit im Fall der Vorsitzenden der Menschenrechtsstiftung Prof. Sebnem Korur Fincanci in Istanbul und des Arztes Dr. Serdar Küni aus Cizre/Sirnak machen. Küni arbeitete während der Ausgangssperre 2015-16 als Arzt im Gesundheitszentrum in Cizre und versorgte Verwundete, ohne deren Namen an die militärischen Stellen weiterzuleiten. Das wird ihm als Unterstützung von Terroristen vorgeworfen. Am 19. Oktober 2016 wurde er verhaftet. Der Einladung der türkischen Menschenrechtsstiftung zur Prozessbeobachtung folgten mehrere internationale BeobachterInnen aus Europa und den USA. Zur Prozessöffnung in Sirnak am 13. März 2017 wurde Dr. Küni per Video aus dem Gefängnis in Urfa zugeschaltet. Der Tag endete mit der Fortsetzung der Haft, obwohl alle Zeugen der Anklage ihre Aussagen widerriefen, weil sie unter Folter erzwungen worden waren. Auch am zweiten Prozesstag waren internationale Be-

obachterInnen anwesend. Die Staatsanwaltschaft legte medizinische Gutachten zu den Folter-Vorwürfen der Zeugen vor, die von einem erfahrenen Gerichtsmediziner aus Istanbul fachlich widerlegt wurden. Die Verteidigung forderte daraufhin eine erneute unabhängige Untersuchung der Zeugen nach den Kriterien des international anerkannten Istanbul-Protokolls. Trotzdem wurde Dr. Küni zu vier Jahren und zwei Monaten Haft verurteilt, diesmal aber bis zum Revisionsverfahren aus dem Gefängnis entlassen. Dieses Revisionsverfahren soll schon in Kürze vor dem Obergericht in Urfa stattfinden. Ob BeobachterInnen zugelassen werden, ist noch nicht bekannt. Zu befürchten ist, dass das Gericht das Urteil bestätigen wird, weil Richter und Staatsanwalt sonst ihre Entlassung befürchten müssen.

**W**ir haben versucht, durch Briefe an das Gericht und an politisch Verantwortliche Einfluss zu nehmen und auf die über den Einzelfall hinausgehende Bedeutung des Prozesses hinzuweisen, bei dem die heilberufliche und besonders ärztliche Unabhängigkeit in der Behandlung hilfsbedürftiger Patienten zur Disposition steht.



Ernst-Ludwig Iskenius und Gisela Penteker waren zur Prozessbeobachtung und auf IPPNW-Delegationsreise in der Türkei.